

Der Iran-Krieg und kein Ende



**Prof. Dr. Dr. h.c.
Lars P. Feld**

lehrt an der Universität Freiburg und leitet das Walter Eucken Institut

Foto: Jjgal Fichme / @Walter Eucken Institut

Obwohl die Waffen zumindest temporär schweigen, ist der Iran-Krieg noch nicht zu Ende. Dies zieht Spekulationen über die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Krieges nach sich, die sich gegenseitig in ihrer Apokalyptik zu überbieten suchen. Im Grundsatz bleiben aber die zu Beginn des Krieges getroffenen Einschätzungen.

Ein Anstieg des Ölpreises um zehn Prozent erhöht die Inflation westlicher Staaten um etwa 0,4 Prozentpunkte in der ersten Runde – mit Zweitrundeneffekten in den Folgejahren. Steigt der Ölpreis um 10 US-Dollar je Barrel, so kostet dies 0,1 Prozentpunkte Wirtschaftswachstum. In der Frühjahrsprognose für das laufende Jahr geht die Gemeinschaftsdiagnose folglich nur noch von einer Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,6 Prozent, also einer Halbierung im Vergleich zur Herbstprognose, aus. Die deutsche Inflationsrate könnte auf 2,8 Prozent steigen. Dies wäre ein Anstieg um 0,7 Prozentpunkte im Vergleich der beiden Prognosen.

Hohe Unsicherheit besteht hinsichtlich der weiteren Auswirkungen jenseits der Energiepreise. So ist die Versorgung mit Düngemitteln durch die Sperrung der Straße von Hormus massiv beeinträchtigt. Die Lebensmittelpreise könnten daher nicht nur merklich ansteigen, weil die Produktion von Nahrungsmitteln energieintensiv ist, sondern auch wegen schlechterer Ernten. Zwar sind die westlichen Industriestaaten weniger abhängig von Primärenergieträgern als zu Zeiten der beiden Ölpreisschocks. Dies gilt jedoch in geringerem Maße für weniger entwickelte Länder. Beeinträchtigungen in der Produktion dort schlagen sich aber in Form gestörter Lieferbeziehungen in al-

len anderen Volkswirtschaften nieder. Diese Folgen sind trotz der Erfahrungen aus der Corona-Krise nur unzureichend abschätzbar. Gleichwohl: Wie schon zu Beginn der Corona-Pandemie sind apokalyptische Äußerungen unangebracht. Der Iran-Krieg verursacht einen schweren Angebotsschock, mit dem die Weltwirtschaft umgehen muss. Eine an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ansetzende Wirtschafts- und Finanzpolitik ist dabei verfehlt. Es geht darum, die Angebotsseite zu stärken. Da insbesondere Deutschland schon seit längerem an Strukturproblemen auf der Angebotsseite leidet, muss die Bundesregierung ihre Reformbemühungen intensivieren.

Dazu gehört zuvorderst die Vermeidung falscher Weichenstellungen. Die Preiseffekte in den Energiemärkten sollten weitestgehend zugelassen werden. Denn es muss aufgrund der Verknappung zu entsprechenden Einsparungen kommen. Werden diese nicht durch Preisanreize induziert, müssen Rationierungen greifen. Preisdeckel oder temporäre Senkungen der umweltpolitisch gut begründeten Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer), etwa im Sinne eines Tankrabatts, sind daher verfehlt. Ähnliches gilt für Preisregulierungen anderer Art, beispielsweise für Bahntickets. An steuerlichen Maßnahmen wäre lediglich eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer für alle zu rechtfertigen. Sie müsste, dem Koalitionsvertrag entsprechend, ohnehin auf das europäische Minimum gesenkt werden. Denn damit wird Strom aus jeder Energiequelle, auch aus erneuerbaren Energien, belastet. Die Stromsteuer hat folglich keine umweltpolitische Rechtfertigung mehr. Sie mutiert zu einem Bürokratiemonster, da sie nur für das Produzierende Gewerbe gesenkt ist. Diese Unternehmen müssen somit den Stromverbrauch für ihre Produktion und ihre Dienstleistungen separat ausweisen. Willkommen im Land des Bürokratieabbaus!

Kontraindiziert ist eine Übergewinnsteuer. „Übergewinne“ von „normalen“ Gewinnen zu unterscheiden, ist ein ebensolches Bürokratiemonstrum. Im Grunde treten solche Gewinne nur bei marktbeherrschenden Stellungen auf; das Kartellrecht knüpft eine solche Einschätzung aber zurecht nicht an die Höhe des erzielten Gewinns, sondern an Marktanteile und ähnliches. Eine kartellrechtliche Reaktion hat die Bundesregierung jedoch bereits gezeigt. Mehr ist nicht nötig. Eine Übergewinnsteuer würde zu zusätzlichen Belastungen für Unternehmen in einer Situation führen, in der jegliche Steuererhöhungen Gift wären.

Ähnliches gilt für die Mehrwertsteuer. In Erwartung möglicher Preissteigerungen für Nahrungsmittel wollen manche deren Mehrwertsteuersatz auf null Prozent senken. Dies bereitet gedanklich schon die aus anderen Gründen diskutierte Erhöhung des Regelsatzes um zwei bis drei Prozent vor. Beides sollte man unterlassen, schon allein, weil die Satzendifferenzierung bei der Mehrwertsteuer dafür sorgt, dass diese nicht nur auf dem Konsum liegt, sondern bei Unternehmen hängen bleibt.

Die von Olaf Scholz bemühte Fußballmetapher „You'll never walk alone“ ist eben falsch; es gilt die Devise von Taylor Swift: „You are on your own, kid“.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld